



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Büro für
Chancengleichheit
und Vielfalt

REPORT DER
BEAUFTRAGTEN FÜR MIGRATION
UND INTEGRATION

2013

Die Vielfalt des Alltags macht unsere Welt bunt...

Potsdam
CHANCENGLEICHHEIT

Report der Beauftragten für Migration und Integration in der Stadtverordnetenversammlung, 4. September 2013

„Die Vielfalt des Alltags macht unsere Welt bunt“

Einleitung

Als Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam habe ich ein wichtiges Arbeitsgebiet, das gleichzeitig mit großen Herausforderungen verbunden ist. Während meiner Arbeit bewege ich mich auf dem Weg zu einem Ziel. Das Ziel ist eine Landeshauptstadt, in der mündige Bürgerinnen und Bürger in guter Nachbarschaft leben, in der die Vielfalt zur Selbstverständlichkeit gehört.

Arbeitsschwerpunkte

Als Beauftragte für Migration und Integration **arbeite ich strategisch** für das Erreichen der integrationspolitischen Ziele unserer Stadt. Diese wurden 2007, zu Beginn der Entwicklung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam, erarbeitet und anschließend in den acht Handlungsfeldern des Konzeptes konkretisiert. Den **Steuerungsprozess** zur Umsetzung des Integrationskonzeptes, das im Juli 2008 durch die StVV beschlossen wurde, zu **begleiten**, gehört zu meinen Schlüsselaufgaben. Dieser Prozess ist geprägt durch gewisse Regelmäßigkeiten: Diese sind die Zusammenkünfte der **Steuerungsgruppe zur Umsetzung des Integrationskonzeptes und zur Durchführung der Integrationskonferenzen. Ich möchte nochmal alle Fraktionen dazu einladen, an der Steuerungsgruppe mitzuwirken**, denn nur so können die integrationspolitischen Ziele der Landeshauptstadt erreicht werden. Die Konferenzen dienen der Evaluation des Potsdamer Integrationsprozesses, der Fortschreibung des Integrationskonzeptes und gleichzeitig als Plattform zum Austausch. Ich bereite zu den Konferenzen einen **Bericht der Verwaltung vor über das Erreichte** und fasse die **Ergebnisse der Konferenzen** mit Blick auf den **Fortschreibungsbedarf** des Integrationskonzeptes zusammen. Weiterhin erarbeite ich zweijährlich einen **Integrationsmonitoringbericht**, der einen Einblick über die Erfolge der Integrationsarbeit geben soll. Während der Steuerungsarbeit ist es mein Anspruch, handlungsfeldbezogen Migrantinnen und Migranten, Vereine und Organisationen, Verwaltung sowie Stadtverordnete anzusprechen und Maßnahmen gemeinsam zu entwickeln und deren Umsetzung zu begleiten. Die **Arbeit in Netzwerken** verlangt von allen Mitwirkenden Ausdauer, Kontinuität und zeitliche Ressourcen, die im Berufsalltag nicht immer vorhanden, jedoch unabdingbar für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit und eine erfolgreiche Integrationsarbeit sind. Dieses Verständnis von Netzwerkarbeit muss zukünftig immer mehr zu unserer Integrationsarbeit gehören. Das zeigen auch die Ergebnisse der diesjährigen Integrationskonferenz. Hier gab es zahlreiche Maßnahmenvorschläge zur Optimierung der Netzwerkarbeit und des Informationsflusses, die nun differenziert ausgewertet und umgesetzt werden müssen.

Als Beauftragte für Migration und Integration suche ich die Zusammenarbeit zur Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik. Ich sehe mich auch als Dienstleisterin für unsere Verwaltung. Ein wichtiges

Arbeitsfeld bedeutet für mich die Zusammenarbeit mit dem Migrantenbeirat und mit migrantischen Vereinen bzw. die Mobilisierung von Migranten, selbstorganisiert, gemeinnützig tätig zu werden. In diesem Handlungsfeld möchte ich meine Aktivität stärken. Weiterhin übernehme ich bei Bedarf in Einzelfällen eine Ombudsfunktion.

Meine Rolle als Integrationsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam und meine Aufgaben werden von unterschiedlichen Strukturen unterschiedlich gesehen. Dadurch befinde ich mich des Öfteren inmitten von Konflikten, deren sachliche Klärung oder Schlichtung ich zwar unterstützen, aber nicht alleine lösen kann. In anderen Fällen würde ich mir wünschen, dass meine Kompetenzen mehr in Anspruch genommen werden, zum Beispiel wenn es darum geht, fachliche Expertisen zum Thema Integrationspolitik zu erarbeiten.

Zu den wichtigen Netzwerken gehören für mich auch integrationspezifische **Arbeitsgruppen auf der Landesebene**. Als **Mitglied des Sprecherinnenrates** des Ausländer- und Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg bringe ich mich in die Meinungsbildung des Landes aus der Sicht einer kreisfreien Stadt ein – so zum Thema des Unterbringungskonzeptes von ausländischen Flüchtlingen. Weiterhin beteilige ich mich in einigen Diskussionsgruppen an der Erstellung des neuen Integrationskonzeptes der Landesregierung.

In Folgenden möchte ich Sie darüber informieren, welche **weiteren Themen** mich als Beauftragte für Migration und Integration **aktuell** beschäftigen.

Interkulturelle Woche 2013 unter dem Motto: „Wer offen ist, kann mehr erleben“

Aktuell steht der Beginn der Interkulturellen Woche 2013 vor der Tür. Es ist für mich eine Freude und Herausforderung, das Potsdamer Programm der traditionellen Interkulturellen Woche mit Unterstützung von unterschiedlichen Organisationen, Netzwerken, Institutionen und Vereinen, die sich auf dem Gebiet der Migration und Integration engagieren, zusammenzustellen. Als Beauftragte für Migration und Integration bin ich mit der Vorbereitung der Ausstellung „Vietnamesische Vertragsarbeiter in der DDR“, die im Stadthaus gezeigt wird, beschäftigt. Weiterhin bereite ich die Schülerkonferenz der „Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage“¹ zum Projektauftritt „10 Jahre Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam“, das Toleranzfest und die Festveranstaltung zur Verleihung des Integrationspreises der Landeshauptstadt Potsdam mit vor.

¹ Potsdamer SOR-SMC Schulen: Leibniz Gymnasium, Steuben Gesamtschule, Weidenhof Grundschule, Waldorfschule Potsdam, Voltaire Gesamtschule, Katholische Marienschule

Wahlen

Die Bundestagswahlen stehen vor der Tür und auch 2014 können wir uns auf ein intensives Wahljahr freuen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn das **politische Engagement** unter den Potsdamerinnen und Potsdamern mit Migrationshintergrund steigen würde. Gleichzeitig halte ich es für anstrebenswert, dass die Parteien Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund für verschiedene Gremien so aufstellen, dass diese guten Chancen haben, gewählt zu werden. Zur Bundestagswahl gibt es aus dem Land Brandenburg keine Kandidatin bzw. Kandidaten mit Migrationshintergrund, was ich sehr bedauere.

Nächstes Jahr findet in Potsdam, parallel zur Kommunalwahl, auch die Wahl unseres **Migrantenbeirates** statt. Die Werbung für Kandidatinnen und Kandidaten läuft auf Hochtouren. Ich hoffe darauf, dass motivierte, politisch interessierte Migrantinnen und Migranten bereit sein werden, dieses anspruchsvolle Ehrenamt anzusteuern und sich selber in diesem wichtigen beratenden Gremium zu vertreten. 70 % der Potsdamerinnen und Potsdamer ohne deutschen Pass sind keine EU-Staatsangehörige, somit verfügen sie nicht über das kommunale Wahlrecht. Über den Migrantenbeirat können sie jedoch beratend das kommunale Geschehen beeinflussen.

Zugänge

➤ Zugang zur Schulbildung

Der Schul- bzw. Berufsschulpflicht im Land Brandenburg gilt für alle betroffenen Kinder und Jugendlichen, unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Diese Pflicht und das damit verbundene Schulrecht eröffnen für junge Leute den Weg zur Inklusion. Auf diesem Weg stehen jedoch **Hürden**, die kaum zu überwinden sind. Beispiel: Jugendliche, die in den Herkunftsländern nur einige Klassen besuchen konnten oder Analphabeten sind, passen nicht in das Brandenburger Schulsystem. Folglich findet keine Beschulung innerhalb der vorgeschriebenen Frist für diese jungen Menschen statt. Die zuständigen Schulräte und Schulrätinnen des Brandenburger Schulamtes tun ihr Bestes, aber sie finden oft keine zufriedenstellende Lösung.

Das MBS überarbeitet zurzeit die **Eingliederungsverordnung** des Landes Brandenburg. Ich hoffe sehr, dass diese neue Verordnung Spielraum für individuelle Lösungen bei der schulischen Eingliederung von jungen Menschen eröffnet. Es muss möglich sein, dass bei Bedarf während des laufenden Schuljahres Alphabetisierungskurse starten, dass das Schulamt über Mittel verfügt, die für die Einrichtung von kleinen Förderklassen ausreichen können. Die Schulen müssen in ihrer Arbeit bei der schulischen Integration von nichtdeutschsprachigen Schülerinnen und Schülern unterstützt werden.

➤ Zugang zum Arbeitsmarkt

Die aktuelle Entwicklung in Deutschland ist eindeutig: die mitgebrachten Ressourcen der Zugewanderten sollen nicht mehr verloren gehen. Die neu am 1. Juli 2013 in Kraft getretene **Beschäftigungsverordnung** gibt positive Signale dazu.

➤ **Zugang zur Verwaltung**

Zu den Zielen des Potsdamer Integrationskonzeptes gehört die **Fortsetzung des Prozesses der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung als modernes Dienstleistungsunternehmen**. Dazu sind in der Stadtverwaltung unter der Federführung der Wirtschaftsförderung und des Bürgerservices Maßnahmen angestoßen worden. Auch die Ausländerbehörde befindet sich derzeit in einem Prozess, in dem es um eine klare Strategie auf dem Weg zu einer „Willkommensbehörde“ geht. Dazu dient ihre organisatorische Zuordnung zum Bereich Bürgerservice seit Anfang Mai 2013. Es steht fest: Als Kommune müssen wir weiterhin gemeinsam an unserer interkulturellen Öffnung arbeiten.

Asylsuchende

➤ **Unterbringung von Asylsuchenden**

Noch vor zwei Jahren gab es genügend Plätze im Potsdamer Asylheim im Wohngebiet am Schlaatz. So waren in drei Einzelfällen sogar obdachlos gewordene bleibeberechtigte Migrantinnen und Migranten dort untergebracht. Die Möglichkeit eines Auszuges aus dem Heim war oft mit einem verwaltungsaufwändigen Prüfverfahren verbunden.

Durch die starke Erhöhung der Zahl der aufzunehmenden Asylsuchenden hat das Land Brandenburg 2012 seine Unterbringungspolitik geändert und die Kommunen aufgefordert, Asylsuchende und Geduldete verstärkt in Wohnungen unterzubringen. Auch die Gruppe der besonders Schutzbedürftigen fand eine Beachtung in der Korrespondenz des Landes. Nun passt also die politische Linie des Landes zum Potsdamer Integrationskonzept. Das Problem ist nur, dass das Land bei der Übertragung seiner Aufgabe an die kreisfreien Städte und Landkreise - als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung - deren Finanzierung nicht in ausreichendem Maße sichert.

Das Land Brandenburg erarbeitet zurzeit ein neues Unterbringungskonzept. Der Entwurf des Papiers enthält zwar eine genaue Zustandsbeschreibung mit angemessenen Vorschlägen für die Zukunft, die Einschränkung in Richtung Kostenneutralität lässt jedoch kaum Spielraum für positive Veränderungen.

Ich finde es wichtig, dass kommunale Mittel für eine gute Unterbringung sowie für eine qualitativ hochwertige soziale Begleitung und unterschiedliche Integrationsangebote der Asylsuchenden eingesetzt werden. Denn Integration findet vor Ort, in den Stadtteilen statt. Es liegt in unserem kommunalen Interesse, dass die Flüchtlinge nach ihrer Fluchtodyssee in der Landeshauptstadt Potsdam optimal unterstützt und so Teil der Stadtgesellschaft werden. Wir können nicht auf die Unterstützung von der Landesebene warten.

Die Landeshauptstadt ist kontinuierlich dabei, geeignete Wohnungen, Immobilien bzw. Grundstücke für die Einrichtung von **Unterkünften von Asylsuchenden** zu ermitteln. Die **Festlegung einer Systematik bzw. eines Standards für die Bewertung** der vorgeschlagenen Objekte könnte das Verfahren transparenter und so für alle nachvollziehbarer machen. Solch ein Prüfverfahren könnte auch Ergebnisse, die allgemein Ideen für den sozialen Wohnungsbau in Potsdam mit sich bringen, zutage fördern. Wenn die Stadtverordneten das Anmieten eines in Leichtbauweise gebauten Objektes für eine provisorische Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende beschließen sollten, hoffe ich sehr,

dass dieses Haus an einem recht zentralen Ort in der Stadt aufgebaut wird. Die Prüfung von ungewohnten, bisher nicht angedachten Wohnheimorten, sollte möglich sein.

➤ **Optimierungsbedarf: Kommunikation, Beteiligung bei Entscheidungsfindungen**

Im vergangenen Jahr wurden zahlreiche Zielsetzungen des Integrationskonzeptes mit Blick auf die Unterstützung des Inklusionsprozesses der Asylsuchenden erfüllt, mehrere Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung. In der Integrationsarbeit wurde bisher sehr viel erreicht, auf das die Landeshauptstadt mit Stolz blicken kann. Gegenwärtig ist die Anspannung im Flüchtlingsarbeitsbereich sehr groß. Ich vermute, dieser Unmut liegt auch an der Kommunikation.

Ich gehöre zu den Befürworterinnen einer **offenen und strukturierten Kommunikation**. Deswegen plädiere ich dafür, den Migrantenbeirat sowie die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung als wesentliche Kommunikations- und Beteiligungsgremien in Anspruch zu nehmen und sie zur Entscheidungsfindung zu nutzen.

Ausblick in die Zukunft

Wichtige integrationspolitische Arbeitsfelder:

- das Thema der Arbeitsmarktintegration mit all ihren Facetten bleibt auf dem Plan,
- die Qualifizierung des strategischen Arbeitens auf dem Feld der Integrationsarbeit für alle Akteure,
- Vorantreiben der interkulturellen Öffnung der Verwaltung,
- Integrationsmonitoringbericht,
- Qualifizierung der Netzwerkarbeit.

Herzlichen Dank an alle Stadtverordneten, die mich bei meiner integrationspolitischen Arbeit unterstützen!

Magdolna Grasnack,

28. August 2013